

Karlsruhe gibt Rettungsschirm frei

Verfassungsrichter machen aber Auflagen für ESM – Oberfränkische Abgeordnete sind erleichtert

KARLSRUHE/BAYREUTH
Von Elmar Schatz

Das Bundesverfassungsgericht hat den Weg für einen permanenten Euro-Rettungsschirm frei gemacht. Allerdings koppelten die Richter die Genehmigung an Bedingungen. Deutschland dürfe dem „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) nur beitreten, wenn sichergestellt sei, dass das Haftungsrisiko nicht automatisch über die ausgehandelten 190 Milliarden Euro steige. Bei jeder Änderung müsse der Bundestag gefragt werden. Dies müsse mit einem völkerrechtlichen Vorbehalt sichergestellt werden.

Oberfränkische Abgeordnete begrüßten gegenüber unserer Zeitung die Entscheidung der Verfassungsrichter.

„Das ist ein guter Tag für Deutschland, und das ist ein guter Tag für Europa“, meinte auch Kanzlerin Angela Merkel (CDU). Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sagte, der ESM-Rettungsschirm könnte jetzt in wenigen Wochen einsatzbereit sein. Die Bundesrepublik hatte als einziges Euro-land den ESM-Vertrag noch nicht ra-

tifiziert, weil sie auf die Entscheidung des Gerichts warten musste. Der Schirm sollte eigentlich schon zum 1. Juli aufgespannt werden. Nach Ansicht des obersten Gerichts bietet der Vertrag zu viel Interpretationsspielraum. An den betreffenden Stellen müsse die Regierung für Klarheit sorgen. So dürfe die Haftungssumme von 190 Milliarden – wenn überhaupt – nur mit Zustimmung des Bundestags erhöht werden. Bundestag und Bundesrat müssten immer ausreichend über die ESM-Aktivitäten informiert werden. Wie dies genau umgesetzt werden soll, ließ das Gericht allerdings offen.

Gerichtspräsident Andreas Voßkuhle stellte klar, die Karlsruher Entscheidung sage nichts über die „Sinnhaftigkeit“ des Rettungspakets aus. Eine solche Bewertung sei nicht Sache des Gerichts. „Das ist und bleibt Aufgabe der Politik.“ Niemand könne mit Sicherheit sagen, welche Maßnahmen zur Stabilisierung des Euros und des vereinigten Europas wirkungsvoll seien. Da gingen auch die Meinungen von Experten weit auseinander.

Im Urteil genehmigte das Gericht auch den Beitritt zum europäischen Fiskalpakt für mehr Haushaltsdiszi-

plin. Dieser entspreche im Wesentlichen den Vorgaben der „Schuldenbremse“ des Grundgesetzes. Ein unmittelbarer „Durchgriff“ von EU-Organen auf den deutschen Haushalt sei nicht vorgesehen.

„Ich bin erleichtert, ja“, kommentiert die Bayreuther SPD-Bundestagsabgeordnete Anette Kramme die Karlsruher Entscheidung. „Ein instabiles Europa wäre für unsere Wirtschaft und damit für viele Arbeitsplätze schlecht gewesen“, so Kramme. Erleichtert ist auch der parlamentarische Finanzstaatssekretär Hartmut Koschyk (CSU/Bayreuth). Er erklärt: „Jetzt sind in Deutschland die Voraussetzungen geschaffen, die Staatsschuldenkrise in Europa wirkungsvoll zu bekämpfen.“ Kramme betont: „Nun muss es darum gehen, die Rechte des Bundestages so

KERNSATZ

Das Verfassungsgericht: „Die Bundesrepublik Deutschland muss deutlich zum Ausdruck bringen, dass sie an den ESM-Vertrag insgesamt nicht gebunden sein kann, falls sich die von ihr geltend zu machenden Vorbehalte als unwirksam erweisen sollten.“ dpa

zu stärken, wie es das Verfassungsgericht zur Bedingung gemacht hat. Es kann nicht sein, dass Abgeordnete nur Stimmvieh sind und Hunderte Seiten prüfen sollen, die erst in letzter Sekunde vorgelegt werden.“ Kramme fährt fort: „Gut finde ich auch, dass Karlsruhe noch prüfen wird, ob die Europäische Zentralbank ihre Kompetenzen überschritten hat. Den Kurs der EZB beim Kauf von Staatsanleihen finde ich gefährlich.“ Koschyk erklärt: „Die vom Gericht erteilten Auflagen, bei der Ratifizierung sicherzustellen, dass die deutsche Haftung auf 190 Milliarden Euro begrenzt bleibt, und darüber hinausgehende Zahlungen nur mit Zustimmung des Bundestages möglich sind, sind für die Bundesregierung selbstverständlich.“ Der Forchheimer FDP-Abgeordnete Sebastian Körber meint: „Das ist eine gute Nachricht. Die Entscheidung des Verfassungsgerichtes stärkt den Euro.“ Die Grünen-Abgeordnete Elisabeth Scharfenberg ist ebenfalls froh. Karlsruhe habe den Euroskeptikern bei Schwarz-Gelb und den Linken eine klare Absage erteilt. Gestärkt würden die Rechte des Bundestages.

Mit Material von dpa
→ Kommentar + Seite 4